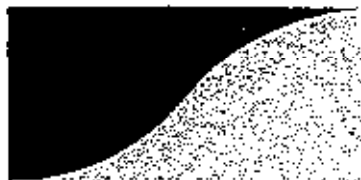


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86346 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 113

19. Juni 1985

Karsten D. Voigt MdB legt dar, was die Sozialdemokraten bewegt hat, eine chemiewaffenfreie Zone für Europa anzustreben. (Teil I) Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB, Vorsitzender der Enquetekommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie", erläutert die Notwendigkeit, die Embryonenforschung zu regeln. Seite 4

Martin Gorholt, Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, über den Kongreß "Lebendiger Marxismus" seiner Organisation. Seite 6

Wir haben Neuland betreten

Der sicherheitspolitische Hintergrund einer C-waffenfreien Zone in Europa

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Gespräche zwischen der Arbeitsgruppe "chemische Abrüstung" der SPD-Bundestagsfraktion und einer entsprechenden Arbeitsgruppe der SED unter Vorsitz des Politbüromitgliedes Hermann Axen haben gezeigt, daß abrüstungspolitische Fortschritte zwischen den beiden deutschen Staaten möglich sind, wenn der politische Mut zum Interessenausgleich stärker als der weiterhin fortbestehende Gegensatz der Interessen und Ideologien zu werden vermag. Als Hans-Jochen Vogel und Erich Honecker am 14. März 1984 die Bildung einer Arbeitsgruppe vereinbarten, die die Möglichkeiten für die Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa erörtern sollte, war dies ein Zeichen abrüstungspolitischer Hoffnung. Die erzielten Ergebnisse sind mehr als eine abrüstungspolitische Hoffnung. Sie enthalten die Chance für einen abrüstungspolitischen Durchbruch im Bereich der chemischen Waffen.

Zwar unterstützten bereits die SPD-Bundesparteitage in Berlin im Jahre 1979 und in München im Jahre 1982 die Idee einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa. Aber als die Gespräche der Arbeitsgruppe begannen, betreten sie abrüstungspolitisches Neuland. Bisher wird nämlich zwischen Regierungen über das Thema einer chemiewaffenfreien Zone nicht verhandelt. Das muß jetzt anders werden. Die SPD will abrüstungspolitischer Vorreiter sein. Sie will Regierungshandeln anregen. Aber sie kann und will als Oppositionspartei nicht Regierungshandeln ersetzen. Aber die SPD wird die Regierung zu baldigen Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone auffordern, aber auch drängen. Die Bundesregierung würde die

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verpflichtiger Umgang
mit allen Redaktionen
Recycling-Papier



abrüstungspolitischen Verpflichtungen des Grundlagenvertrages mißachten, wenn sie nicht in Gesprächen und Verhandlungen die Möglichkeit eines entsprechenden Vertrages ausloten würde.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind in Wirklichkeit ein historisches Ereignis. Es ist das erste Mal, daß Politiker aus beiden deutschen Staaten im Sinne des Geistes des Grundlagenvertrages konkret abrüstungspolitische Vorschläge vorlegen können. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe enthalten Kompromisse. Diese Kompromisse sind ausgewogen und inhaltsreich. Sie entsprechen den abrüstungspolitischen Zielen der SPD und berücksichtigen die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik und ihrer westlichen Nachbarn.

Natürlich sind die Ergebnisse nur möglich geworden, weil wir im Sinne der gemeinsamen Sicherheit auch zur Berücksichtigung der legitimen Ziele und Interessen der DDR und ihrer östlichen Nachbarn bereit wären. Insofern hat die gemeinsame Arbeitsgruppe einen praktischen Schritt in Richtung auf eine künftige Sicherheitspartnerschaft vollzogen.

Für die Bundesrepublik Deutschland könnte die Initiative zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa ein konkreter Beitrag zu einem kontrollierten weltweiten Verbot chemischer Waffen darstellen.

In der Bundesrepublik lagern chemische Kampfstoffe. Sie wurden in den USA produziert, und die Amerikaner verfügen über sie. Sie tun dies seit mehreren Jahrzehnten, zuerst ihrer Rechte als Besatzungsmächte wegen und dann, weil ihnen der Deutschlandvertrag von 1955 und der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland von 1954 den Verbleib ihrer Truppen einschließlich ihrer Bewaffnung in dem damals bestehenden Ausmaß ermöglichten. Seit dem 5. Mai 1955, als das Besatzungsregime in der Bundesrepublik aufgehoben wurde, handeln sie deshalb im Einvernehmen mit der Bundesregierung und in Übereinstimmung mit den Verteidigungsplänen der NATO.

Das wachsende Interesse für die Gefahren chemischer Rüstungen fällt in eine Periode weitpolitischer Spannungen. Im Ost-West-Verhältnis verschärfen sich die Konflikte, und die Bedingungen für kooperative Politik wurden schlechter. In dieser Situation erscheint es vielen heute glaubhafter als noch vor wenigen Jahren, daß vorhandene militärische Fähigkeiten tatsächlich genutzt werden; diese Befürchtungen beziehen sich in zunehmendem Maße auch auf chemische Waffen.

Seitdem die Reagan-Administration auf die Wiederaufnahme der Produktion von chemischen Kampfstoffen drängt, hat sich die Diskussion über die Lagerung amerikanischer chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik besonders zugespitzt.

Die Position der Reagan-Administration zur chemischen Rüstung

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine ganze Reihe von Gründen angeführt, warum ihr die Modernisierung des Giftgasbestandes so dringlich erscheint. Ihre Argumente sind:

1. Chemische Rüstungen würden zur Abschreckung eines gegnerischen C-Waffen-Angriffs gebraucht. Sie verhinderten einen Gaskrieg.
2. Das sowjetische C-Waffen-Potential stelle eine Bedrohung des Westens dar. Die sowjetische Militärdoktrin sehe die Anwendung dieses Potentials ausdrücklich vor. 60.000 sowjetische Soldaten würden darauf in speziellen Einheiten vorbereitet.



3. Auf chemische Abschreckung könne so lange nicht verzichtet werden, wie es hierzu keine Alternative gebe. Die einzige Alternative sei ein vollständiges und verifizierbares Verbotsabkommen über die Produktion und Lagerung von C-Waffen. Daran werde im Genfer Abrüstungsausschuß zwar gearbeitet, aber bislang ohne Ergebnis.
4. Angesichts des sowjetisch-amerikanischen Gesamtgleichgewichts, das die militärischen Fähigkeiten in allen übrigen Bereichen ausbalanciert, stünden für die Abschreckung eines chemischen Krieges keine anderen, wirksamen Mittel zur Verfügung. Deswegen könnten chemische Waffen der UdSSR auch nicht durch amerikanische Atomwaffen ausgeglichen werden.
5. Eine bloße Verstärkung der Schutzmaßnahmen gegen Giftgas-Angriffe reiche nicht aus. Die hierfür vorgesehenen Ausrüstungen der Soldaten erschwerten deren Beweglichkeit und behinderten militärische Operationen. Ein Angreifer wäre hierdurch nicht belastet und hätte Vorteile gegenüber einem Verteidiger. Würde die Sowjetunion mit der Fähigkeit des Westens zur chemischen Vergeltung rechnen müssen, dann müßte sie ebenfalls mit Schutzausrüstungen operieren und hätte keinen Anreiz für einen Angriff.
6. Die alten Giftgasbestände der USA seien für eine chemische Vergeltung nicht mehr brauchbar. Sie bestünden zum Teil aus Munition, die nur noch aus veralteten Waffen abgeschossen werden kann, darunter seien keine Waffen, die gegen die rückwärtigen Staffeln der Angriffsstreitkräfte eingesetzt werden könnten. Ihre Brauchbarkeit werde auch dadurch eingeschränkt, daß der Transport aus Sicherheitsgründen problematisch sei.
7. Die Erfahrungen aus den Rüstungskontrollgesprächen zeigten, daß die Sowjetunion nur dann ernsthaft verhandele, wenn die USA ein entsprechendes Gegengewicht hätten. Bislang seien die USA im Vergleich zur UdSSR bei den chemischen Waffen zu schwach. Deswegen habe es zu keiner Einigung kommen können.

{-/19.6.1985/va/ks}

+ + +

(Fortsetzung folgt)



Die Embryonenforschung sagt sich an

Gesellschaftliche Entscheidungen sind bei uns überfällig

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie
Vorsitzender der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie"

Die Technik der künstlichen Befruchtung (In Vitro-Fertilisation) ist umstritten. Sie sollte aber als Methode, mit der sich Paare, denen bisher aus medizinischen Gründen die Erfüllung des Kinderwunsches versagt war, ihren Wunsch nach biologisch eigenen Kindern erfüllen können, nicht durch die Gesellschaft untersagt werden. Wir sollten uns grundsätzlich nicht zum Richter über die Motive von Menschen erheben, die sich mit oder ohne eine solche Technik für eigene Kinder entscheiden. Die Frauen sollten selbst entscheiden können, ob sie sich im eigenen Interesse der Mühsal einer solchen Behandlung, wie sie mit der künstlichen Befruchtung verbunden ist, unterziehen wollen.

Mit einer umfangreicher werdenden Anwendung dieser Technik wird aber ein grundsätzliches Problem aufgeworfen. Wie sollen Ärzte und Eltern mit den außerhalb der Mutter befruchteten menschlichen Eizellen umgehen, die bei der künstlichen Befruchtung übrigbleiben können, wenn die Mutter schon schwanger geworden ist? Bistang nehmen die in der Bundesrepublik künstliche Befruchtungen durchführenden Ärztinnen und Ärzten keine Eingriffe oder Experimente oder Diagnosen an befruchteten menschlichen Eizellen vor - noch nicht. Überschüssige menschliche Embryonen werden vorerst tiefgekühlt aufbewahrt. Und es sind noch keine Regeln festgelegt, was Eltern und Ärzte dürfen und was sie nicht dürfen.

Während sich die deutschen Ärzte auffällig zurückhaltend zeigen, wenn es um mögliche Gründe für Experimente mit menschlichen Embryonen geht, sieht es in anderen Ländern ganz anders aus. In der internationalen Diskussion wird offen erörtert, warum für viele Wissenschaftler Experimente an und mit menschlichen Embryonen für den Erkenntnisfortschritt der Wissenschaft geradezu zwingend notwendig seien.

Als Argumente werden genannt:

- Nur Embryonenexperimente könnten die Sicherheit und Erfolgswahrscheinlichkeit der Behandlung von Unfruchtbarkeit durch In Vitro-Fertilisation und Embryotransfer weiter verbessern.
- Nur durch Embryonenexperimente könne die Diagnostik an der befruchteten menschlichen Eizelle vor der Einpflanzung in die Gebärmutter (in den ersten 14 Tagen) so verbessert werden, daß kranke Embryonen erkannt und von der Einpflanzung ausgeschlossen werden. Embryonen-Selektion, Embryo-Typing, durch künstliche Befruchtung für alle - ist das der künftige goldene, humane Ausweg für uns aus der Abtreibungspraxis von heute?
- Nur durch Embryonenexperimente komme man zu einer Verbesserung der Empfängnisverhütung.
- Nur durch Embryonenexperimente komme man zu einem wirklichen Verständnis der Wachstumsprozesse bei Krebs, da Tumorzellen viele gemeinsame Eigenschaften mit embryonalen Zellen aufwiesen.

Menschliche befruchtete Eizellen müßten mindestens bis zum zehnten Tag in vitro, im Reagenzglas, wachsen können, da sich dann im Embryo die medizinisch so interessanten verschiedenen Gewebearten ausdifferenzieren (Neuralgewebe, Entoderm, Ektoderm, hämatopoetisches Gewebe). Längerfristig



könnten solche Gewebe Ausgangspunkt für menschliche Organvorräte bilden, die zu Transplantationen verwandt werden. Auf Dauer könnte so jedem Menschen ein eigenes Organ-Ersatzteillager geschaffen werden.

Die Empfehlung, die der Deutsche Ärztetag vor wenigen Tagen zu diesem Problem erarbeitet hat, gibt hier keine Antwort auf die drängenden Fragen, die durch die Produktion überschüssiger menschlicher Embryonen aufgeworfen werden. Die Formulierung des Ärztetages "der Embryo ist im Sinne der Deklaration des Weltärztebundes von Helsinki und Tokio vor ethisch nicht vertretbaren Experimenten zu schützen. Verantwortbare wissenschaftliche Untersuchungen an nicht-transferierten Embryonen sind daher nur nach Prüfung durch eine Ethik-Kommission unter strengen, in gesonderten Richtlinien festzulegenden Voraussetzungen und Bedingungen zuzulassen" verschiebt die Antwort auf die drängende Frage nach den Grenzen des Verantwortbaren auf Ethik-Kommissionen, ohne das Entscheidungsmaßstäbe von außen vorgegeben werden. Die Grenzen des Verantwortbaren können hier nicht durch Landesrecht allein festgelegt werden. Denn Ärzte, das zeigen Resolutionen der Ärzteschaft in Großbritannien ebenso wie ein Vorschlag der europäischen Ärzteorganisation, neigen wie Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen dazu, die Grenzen des Machbaren mit dem technischen Fortschritt immer weiter hinauszuschieben.

Wir müssen die Produktion menschlicher Embryonen für "verbrauchende Experimente" grundsätzlich unterbinden. Menschliche befruchtete Eizellen dürfen nicht zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung hergestellt oder am Leben gehalten werden. Ein solcher Schritt würde auch gentechnischen Eingriffen an menschlichen Keimbahnzellen die technische Grundlage entziehen. Diese Position kann eingenommen werden, auch wenn die Gewißheit fehlt, ob der Beginn menschlicher Existenz einfach mit dem Augenblick der Zeugung zusammenfällt. Selbst wenn diese Gewißheit fehlt, ist aber der befruchteten menschlichen Eizelle ein "moralischer Status" (Wolfgang van den Daele) zuzuweisen, der seinen besonderen Schutz begründet. Denn von den Folgen solcher Eingriffe ist ein werdender Mensch betroffen. Für Embryonen muß das gelten, was für den Menschen gilt: Eingriffe am Menschen mit dem Ziel der Heilung im individuellen Fall sind ethisch vertretbar, Experimente mit Menschen dürfen nicht vorgenommen werden. Dies gilt auch für unseren Umgang mit befruchteten menschlichen Eizellen. Therapeutische Eingriffe an Embryonen sind im Einzelfall gerechtfertigt, Experimente mit Embryonen und die Produktion von Embryonen für Experimente dürfen nicht vorgenommen werden. Im englischen Unterhaus liegt zu dieser Problematik bereits ein Gesetzentwurf vor. Wir werden prüfen müssen, ob auch in der Bundesrepublik ein solcher gesetzlicher Schritt erforderlich ist.

(-/19.6.1985/va/ks)

+ + +



Distanz zur SPD abgebaut

Zum Kongreß "Lebendiger Marxismus" der Juso-Hochschulgruppen

Von Martin Gorholt
Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen

Über 100 Jusos und zahlreiche Gäste diskutierten am vergangenen Wochenende auf einer Konferenz der Juso-Hochschulgruppen über das Thema "Lebendiger Marxismus". Höhepunkt war ein Streitgespräch zwischen Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD und Pietro Ingrao, Präsidiumsmitglied der Kommunistischen Partei Italiens und wichtiger reformkommunistischer Theoretiker.

Ingrao stellte sein Konzept eines "Dritten sozialistischen Weges" dar, zwischen autoritärem Überstaat und dem Verzicht auf wirtschaftliche Planung. Ein solcher Weg sei nur möglich bei weitgehendem gesellschaftlichen Konsens und voller Entfaltung des demokratischen Lebens. Von zentraler Bedeutung sei eine neue permanente Dialektik zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen und die Verknüpfung zwischen dem Widerspruch, der sich am Arbeitsplatz ergibt mit den Problemen der Friedenssicherung, des Erhalts der Umwelt, der Befreiung der Frau und der Ausdrucksfähigkeit des Individuums. Da diese Probleme nicht mehr auf der Ebene des Nationalstaates zu lösen seien, sprach sich Ingrao für eine Zusammenarbeit der europäischen Linken aus und bekundete Interesse an der Programmdiskussion in der SPD.

Auch Peter Glotz sprach von der Notwendigkeit, "aus dem leeren Gefäß des Nationalstaates herauszukommen", zweifelte aber am Konzept des "Dritten Weges". Zur Erringung von linker Hegemonie seien hinreichende Antworten der Linken auf den Gebieten der Verknüpfung von Arbeit und Umwelt, der neuen Arbeitsorganisation und der Sicherheitspolitik notwendig. Die Debatte um die neuen Technologien sollten die Linken offensiv bestimmen. Man kam überein, den so begonnenen Meinungsaustausch fortzusetzen.

An der Diskussion auf der Tagung beteiligten sich auch Marxisten wie Elmar Altvater, Wolfgang und Frigga Haug, Christel Neusüß und Joachim Bischoff, die bislang der SPD distanziert gegenübergestanden hatten.

Peter von Oertzen begrüßte, daß auch die akademische Linke inzwischen auf ein Konzept des "Progressiven Reformismus" setzt. Zum Abschluß der Veranstaltung hatte Peter von Oertzen in einem groß angelegten Referat die Vereinbarkeit von Marxismus und demokratischem Sozialismus belegt, ohne einem Parteimarxismus das Wort reden zu wollen.

Denkanstöße für die Programmdebatte der SPD können von einem Lebendigen Marxismus, das zeigte dieser Kongreß, immer noch vielfältig ausgehen. (-/19.6.1985/va/ks)

+ + +

